

Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung und des Parlamentes, sehr geehrte Damen und Herren,

Die Stellungnahme der VIVANT- Fraktion beinhaltet einen allgemeinen und einen speziellen Kommentar.

A.

Der allgemeine Teil betrifft die wesentlichen Probleme in unserer Gesellschaft, welche auch die Menschen in der DG beeinträchtigen. Auch wenn Sie als Minister der Regierung keine direkten Entscheidungskompetenzen für diese Problemstellungen haben, so sind Sie trotzdem gehalten, sich für die bestmögliche Lösung dieser Probleme in Namur und in Brüssel einzusetzen. Zum Beispiel hängt die Höhe der hauptsächlichlichen Einnahmequellen der DG, also die föderale und die regionale Dotation, doch ganz wesentlich von einer erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialpolitik der regionalen und föderalen Regierung ab. Deshalb sehe ich es als meine Pflicht als Oppositionsmitglied an, diese Probleme und die aus unserer Sicht notwendigen Lösungsschritte anzusprechen.

I.

Ein erstes Problem ist der zunehmende **Kaufkraftverlust** einer steigenden Zahl von Mitmenschen, sowie die Zunahme der Verschuldung der öffentlichen Hand und der Unternehmen. Die Folgen der Verschuldung sind höhere Abgaben sowie steigende Preise und ein weiterer Kaufkraftverlust der Menschen.

In einer 2-seitigen GE-Anzeige zum Solidaritätspakt vom 7-11-2005 durch die föderalen Behörden wird als Lösung für den Erhalt der sozialen Sicherheit mehr Beschäftigung dank eines größeren Wirtschaftswachstums angestrebt.

Wir wissen aber, dass durch die technische Entwicklung keine Vollbeschäftigung im herkömmlichen Sinne mehr zu erwarten ist.

1. Im Prinzip ist es wünschenswert, wenn alle Menschen, dank der Technik, weniger hart und auch weniger lange arbeiten müssen und also mehr Zeit für sich und für ihre Familien haben werden.
2. Ein weiteres herkömmliches Wirtschaftswachstum wäre auch nicht wünschenswert, die Verkaufsregale sind jetzt schon übervoll. Stichworte wie Wegwerfartikel, Herstellung von nicht Reparaturfähiger Billigware und damit verbundene Energie- und Ressourcenverschwendung, sind uns alle geläufig.
3. Wer eine Steigerung der Beschäftigung will, muss erreichen, dass sich die Schwarzarbeit nicht mehr lohnt. Dabei sage ich sofort: Unter den jetzigen wirtschaftlich-sozialen Bedingungen für die Menschen ist Schwarzarbeit sogar notwendig, um den sozialen Frieden aufrecht zu erhalten.

Die Föderalregierung hat in einem weiteren GE-Inserat vom 15. November eine Senkung der Lohnnebenkosten angekündigt. Damit beweist sie ihren guten Willen, aber ihr Schritt in die richtige Richtung ist zu zaghaft und kann das erhoffte Ziel nicht erreichen. Die Instrumente zur Re-Integration der Schwarzarbeit in den offiziellen Arbeitsmarkt, und nur das kann doch die Meßlatte sein, liegen auf der Hand: Es sind die Streichung der Lohnsteuer und der Sozialabgaben für den Unternehmer, sowie die Integration eines vom Staat gezahlten Grundeinkommens in den Lohn. Dadurch könnten dann die KMU die Arbeit zum gleichen Preis wie die Schattenwirtschaft anbieten – und selbstverständlich ohne Senkung der Löhne, ganz im Gegenteil.

Aber auch mit diesen Maßnahmen würde noch keine Vollbeschäftigung im traditionellen Sinne erreicht, denn die Maschinen und die Computer können den Menschen in immer mehr Bereichen ersetzen.

2. Die Antwort auf dieses Dilemma kann doch nur sein, dass die Menschen verstärkt die Arbeiten verrichten sollten, welche nicht maschinell erbracht werden können. Arbeiten die aus dem Geist, dem Herzen und den Händen der Menschen entstehen.

Auch das ist kein Geheimnis, es sind Erziehungstätigkeiten, Unterricht und Ausbildung, Forschung, Pflege- und ganz allgemein soziale Tätigkeiten, künstlerisches Schaffen, ehrenamtliches Engagement. Natürlich muss das Wachstum dieses anderen, "gesellschaftlichen Arbeitsmarktes" dann auch offiziell und finanziell gefördert werden. Effektivstes Förderungsinstrument für diesen "gesellschaftlichen Arbeitsmarkt" ist das bedingungslose Existenzekommen, mit der Möglichkeit des unbegrenzten Hinzuverdienens.

Am 24. Februar 2005 haben Sie, Herr Lambertz und Herr Gentges, im Namen der DG ein Kooperationsabkommen über die interregionale Mobilität der Arbeitssuchenden mit unterzeichnet. Es beinhaltet soziale Sofortmaßnahmenpläne bei Massenentlassungen, die Bildung von Krisenzellen, usw. Mit einem bedingungslosen Existenzekommen würden sich solche Maßnahmen erübrigen. Das gleiche gilt für viele Sonderbestimmungen des Solidaritätspaktes, z.B. in den Kapiteln "Mehr Jugendliche an die Arbeit" oder "Mehr Arbeit für Ältere". Eine große Menge an Verwaltungsarbeit würde sich erübrigen.

Es wird heute sehr schnell auf die Globalisierung hingewiesen, um die Verwerfungen in unserer Wirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt, in der Landwirtschaft, im Bereich der Sozialsysteme zu erklären. Aber auch der Globalisierungseffekt ist doch kein selbständiger Prozess, sondern er wird von Menschen bestimmt. Sehr viele kluge und erfahrene Politiker, ich denke da z.B. an den Ministerpräsidenten von Rheinland- Pfalz, Herrn Kurt Beck, halten an nicht mehr geltenden wirtschaftstheoretischen Grundlagen fest und sie berücksichtigen vor allem 2 ganz wesentliche Entwicklungen der letzten Jahrzehnte nicht:

1. Gegenüber der Arbeit wird die Energie als Produktionsfaktor entweder überhaupt nicht wahrgenommen oder aber dramatisch unterbewertet.

Ich beziehe mich hier auf Berechnungen und Auswertungen von Prof. Reiner Kümmel, vom Institut für theoretische Physik in Würzburg.

Einerseits erbringt ein Energieeinsatz in Maschinen und Computern 5x mehr Produktion als der Einsatz menschlicher Arbeit, andererseits kostet Energieeinsatz nur ein Zehntel so viel wie Personaleinsatz. Ein dafür anschauliches Beispiel ist wie folgt: Autohändler - Mittelklassewagen- Kunde in 100Km – 2 Möglichkeiten – 5€ Mineralölsteuer >< 500€ Lohnsteuer + Sozialabgaben – Die Unterschiede sind überdeutlich: Mit dem Produktionsfaktor „Energie“: 1 Stunde Arbeit + 5€ Steuern, mit dem Produktionsfaktor „Arbeit“: 4 Tage + 500€ an Steuern und Abgaben.

Ich will mit diesem Beispiel verdeutlichen, dass es in Bezug auf die Bewertung der Leistung, der Kosten und der Belastung mit Steuern und Sozialabgaben eine grobe Schiefelage zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Energie gibt.

Die Folgen dieser Fehlbehandlung durch die Politik sind verheerend. Neben der erwünschten Substitution von Arbeit durch Energie in Maschinen und Computern, gibt es auch eine vollkommen unerwünschte Substitution: Dort nämlich wo ganze Wirtschaftszweige wegen der billigen Energie verschwinden, wie z.B. die Reparaturbetriebe. Auch in der DG ist das geschehen und passiert weiter. Oder dort wo der Staat für wesentliche Zukunftsaufgaben dann nicht mehr genug Geld hat, wie z.B. für Forschung und Bildung.

Wenn in Belgien die Sozialabgaben von der menschlichen Arbeit abgekoppelt und durch eine Energiesteuer bezahlt würden, und das könnte der belgische Staat im Alleingang machen, dann hätte das sehr viele positive Folgen, die letztlich auch den Menschen in der DG zu Gute kämen:

- Die Arbeit würde preiswerter und Reparaturen würden sich wieder lohnen.
- Mehr Lehrer, Krankenschwestern, Ärzte könnten eingestellt werden,
- . Die Kommunen könnten arbeitsintensive öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder und Kindergärten wieder verstärkt betreiben,
- Der Anreiz zur Schwarzarbeit würde sinken.
- Der Einzelne könnte seine Energiebesteuerung durch REN beeinflussen: wenn er weniger Energie verbraucht, dann zahlt er auch

weniger Steuern. Jetzt kann er seine Lohnsteuerbelastung nicht selber beeinflussen.

- Neue energieeffiziente Antriebe, regionaler Nahverkehr, lokale Vermarktung, und vieles mehr würden erstrebenswert.

Die Erhöhung der Energiesteuer muss natürlich sozialverträglich durchgeführt werden. Dazu muss, zum Ausgleich im privaten Bereich, eine genügend große Summe als "Energiegeld" für jeden Einwohner vorgesehen werden.

Die erste Korrektur welche vorgenommen werden muss ist also die realistische Anerkennung und Besteuerung der Energie gemäß ihrer Produktionsmächtigkeit, und die entsprechende Entlastung des Faktors Arbeit.

2. Eine zweite Fehlentwicklung ist nicht weniger dramatisch: Es ist die Tatsache, dass sich die Unternehmen und die öffentliche Hand auf Grund des praktizierten Kredit- und Zinswesens massiv verschuldet haben und immer weiter verschulden müssen.

Dadurch wandert Jahr für Jahr ein immer größerer Teil des Bruttoinlandproduktes in die Bedienung der Kredite, d.h. in die Zahlung der Schuldzinsen an die Geldgeber. Die arbeitenden Menschen, sowohl Arbeitnehmer als auch Unternehmer, müssen sich mit dem Rest des Wirtschaftskuchens begnügen. Und die meisten, d.h. 80% der Bevölkerung zahlen drauf: Ich nehme an, dass wir alle hier in diesem Saal dazu gehören, denn man muss mindestens 45% seines Einkommens durch Zinsguthaben verdienen, um zu den Gewinnern des Geldsystems zu gehören.

Wir geben, versteckt in den Produkten, mehr Zinsen aus als wir einnehmen, z.B. steckt in jedem Bier das wir uns leisten 30% Zinsanteil.

Es ist tatsächlich nicht länger hinnehmbar, dass die privaten Banken über die Kreditvergabe, quasi aus dem Nichts, ständig neues Geld schaffen, und für dieses Luftgeld dann Zinsen abkassieren und dem Wirtschaftskreislauf entziehen. Der Nationalstaat, und nicht die privaten Banken, muss zum Wohle der Allgemeinheit die komplette Geldhoheit zurücknehmen und ausüben.

Um ein ökologisch wünschenswertes Nullwachstum, ökonomisch und sozial verkraften zu können, braucht die Wirtschaft, und die Gesellschaft, Geld, welches auch bei sehr niedrigem Zins, bzw. bei Nullzins, noch umlaufen wird.

Die Geschichte weist eine Reihe von Beispielen auf, in denen ein zinsfreies und doch rasch umlaufendes Geld zu allgemeinem Wohlstand bzw. zu einer sehr raschen Erholung der Wirtschaft geführt hat.

1. Im Hochmittelalter geschah dies durch das mit einem Abschlag versehene lokale Geldsystem der Brakteaten,
2. während der Weltwirtschaftskrise nach 1929 führten die Wära-Tauschscheine zu einer wirtschaftlichen Verbesserung,
3. und in der Stadt Wörgl waren die Arbeitswertscheine nach 1932 so erfolgreich, dass sie in vielen Ländern Nachahmer fanden und dann von den Notenbanken, wegen ihres Erfolges, verboten wurden.
4. Im Jahr 1944 forderte John Maynard Keynes auf der Konferenz in Bretton Woods die Gründung einer "Union für den internationalen Zahlungsverkehr" –International Clearing Union - mit dem Ziel die realen Zinsen gegen Null zu halten. J-M Keynes ist bekanntlich in Bretton Woods mit seinem Vorschlag gescheitert und es wurde eine positive Verzinsung der Überschüsse beschlossen.

Seit den 80 Jahren nehmen nun die ergänzenden Währungen einen neuen Anlauf. Weltweit funktionieren inzwischen Hunderte solcher Währungssysteme. Seit mehreren Jahren wird dieses Instrument vom japanischen Wirtschaftsminister als Ausweg aus der Wirtschaftskrise gezielt gefördert. Die europäische Akademie der Wissenschaften bezeichnet in einer 2003 veröffentlichten Nachfolgestudie des Club-of-Rome-Berichtes "Die Grenzen des Wachstums" lokale und regionale komplementäre Währungen als wichtiges Instrument zukunftsfähiger Nachhaltigkeitspolitik. Diese Studie betont nun ausdrücklich, dass unser Geld- und Finanzsystem keineswegs wertneutral ist, sondern dass es soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeitsziele verhindert.

Seit einigen Jahren werden auch in Deutschland zunehmend Regionalwährungen ins Leben gerufen. Es wird berichtet, dass Bundespräsident Horst Köhler, der es als ehemaliger Präsident des IWF ja wissen dürfte, Regionalgeld für eines der interessantesten Reformprojekte in Deutschland hält. Und Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat vor kurzem mit dem „Berliner“ bezahlt.

Ich rufe deshalb die Regierung der DG, und insbesondere Sie Herr Lambertz auf, für die DG das Thema einer ergänzenden Regionalwährung, parallel zum Euro, zu untersuchen, und zum Thema einer breiten Debatte in der Zivilgesellschaft zu machen.

Mit einer solchen Regionalwährung würde ein herausragendes Alleinstellungsmerkmal für die DG geschaffen. Man stelle sich vor, in den Geschäften und für die Dienstleistungen der Handwerksbetriebe würden die Menschen in der DG mit dem „Venntaler“ bezahlen. Dank eines leichten zeitlichen Abschlags bliebe dieses Regionale Geld in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ansparen bzw. horten und ausleihen dieses Geldes wären sinnlos, es würde schnell ausgegeben und es würde allgemeinen Wohlstand erzeugen!

II.

Das Jahr 2005 hat uns erneut und dramatisch das zweite große Problem unserer Gesellschaft deutlich gemacht, den Klimawandel. Die VIVANT- Fraktion wird nicht aufhören dieses Thema anzusprechen. Die Klimaerwärmung wird immer schmerzlichere Folgen für unsere Kinder haben, wenn wir nicht jetzt massiv gegensteuern.

Wir brauchen in Belgien unbedingt ein ähnliches Gesetz wie in Deutschland das Erneuerbare Energiengesetz (EEG): Dieses Gesetz bestimmt, dass der erneuerbare Strom kostendeckend in das Netz eingespeist werden kann, und es legt die Verpflichtung der Netzbetreiber fest, den erneuerbaren Strom zu den festgelegten Sätzen anzunehmen und die so entstehenden Kosten auf alle Stromverbraucher umzulegen.

Zwecks Schaffung einer gesetzlichen Regelung in Belgien ähnlich diesem EEG, ist also wieder Ihre Lobbyarbeit als Mitglieder der Regierung gefragt. Das äußerst effektive EEG hat inzwischen bereits

in ca. 40 Ländern weltweit Nachahmer gefunden, u.a. in Brasilien, Spanien, China und nicht zuletzt in unserem Nachbarland Luxemburg. Am 29. November habe ich zusammen mit Vertretern der Gemeinde St.Vith sowie interessierten Landwirten eine Biogas-Anlage in Freilingen/Eifel besichtigt: Den Besuchern wurde deutlich, welche phantastische Projekte aus einer guten Gesetzgebung entstehen können.

Ab Januar 2006 soll nun endlich auch in Belgien Pflanzenöl als Treibstoff von der Mineralölsteuer frei gestellt werden: Eine äußerst erfreuliche Mitteilung. Mich würde freuen, wenn diese Regelung zum Teil auch auf Ihre Interventionen, Herr Lambertz, in Namur und in Brüssel, zurückzuführen wäre. Das Thema "Pflanzenöl als Treibstoff" in der DG ist anschließend Gegenstand einer Interpellation.

B.

Ich komme nun zur speziellen Stellungnahme der VIVANT- Fraktion.

In die endgültige Abrechnung des Haushaltsplans 2004 gehen nach unserem Verständnis bereits die gleichen Fehlhandlungen ein, wie wir sie ebenfalls im Haushalt 2005 kritisieren:

Da ist einerseits die teure Umschuldung von Krediten, sowohl in 2004 als auch in 2005, wodurch die Regierung vermeiden konnte, einen neuen Kredit zwecks Bezahlung der Schuldzinsen aufnehmen zu müssen. Die Konsequenz hätte in 2004 wie in 2005 aber lauten müssen: Drastische Einsparungen auf der Ausgabenseite! Das ist nicht erfolgt!

Da ist andererseits die eindeutige Verschwendung von Steuergeldern durch einen überdimensionierten Regierungsapparat und durch zu kostspielige Repräsentationsausgaben.

Herr Ministerpräsident, sie haben vor wenigen Wochen gesagt, dass es in der jetzigen Situation vollkommen falsch wäre, nicht weiter zu investieren. Sie investieren dabei, und ich spreche hier die Koalitionsmehrheit und die Regierung an, Sie investieren auf Pump, in erheblichem Maße, in Infrastrukturen welche der Unterhaltung (siehe die Kulturzentren) und dem Komfort (siehe Verwaltungsgebäude, Umzug des Parlamentes) dienen. Dabei handeln Sie, bitte erlauben Sie mir diesen Vergleich, wie die Grille in der



wohlbekannten Fabel von Lafontaine. Während Sie Sich noch so lange amüsieren wie es geht, bzw. Bequemlichkeiten bedienen, würde die Ameise in Wärmedämmung der Schul- und Verwaltungsgebäude und in den raschen Aufbau einer EE-Infrastruktur in der DG investieren, und sie würde damit zuerst einmal die Zukunft sichern.

Ich komme zum Schluss.

Die VIVANT- Fraktion erkennt richtige Projekte und Prioritäten der Regierung in den Bereichen Unterricht, Ausbildung, Ehrenamt, Sport und Kultur. In den existenziellen Bereichen, die da sind Schulden, Finanzen, Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger, Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme und Zukunftssicherung sehen wir aber große Defizite in der derzeitigen Politik aller Regierungen in Belgien. Es wird nach dem Motto verfahren, man müsse nur den fettesten Pferden das meiste Futter geben, damit genügend Pferdeäpfel für die Spatzen abfallen. Man bedenkt dabei aber nicht, dass die fettesten Pferde zwar das üppige Futter bei uns fressen, dann aber ihre Pferdeäpfel irgendwo in der globalisierten Welt deponieren.

Als Minister der DG sind Sie, nach unserem Verständnis, von den Wählerinnen und Wählern zur entsprechenden Lobbyarbeit in Namur und in Brüssel beauftragt und in den direkten Zuständigkeitsbereichen, zum entsprechenden aktiven Handeln hier in der DG aufgerufen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Dr. J. Meyer

VIVANT- Fraktion